

**Herbert Hönigsberger:
Wissensgesellschaft**

Die rot-grüne Parteienkoalition habe ihre Modernisierungsstrategie weder hinlänglich geklärt noch ausreichend transparent gemacht, wird allenthalben moniert. Die Koalition hat zwar mit der „neuen Mitte“ vage einen sozialen Ort identifiziert, von dem aus gesellschaftliche Modernisierung gedacht werden kann. Und mit der Suche nach einem „dritten Weg“ zwischen Konservatismus, Neoliberalismus und sozial-demokratischem Etatismus verfügt sie auch über ein noch nicht ausgeschöpftes Konstruktionsprinzip für eine Reformstrategie. Aber wohin die Reise gehen soll, bleibt damit immer noch unbestimmt.

Am ehesten umreißt die prognostizierte „Wissensgesellschaft“ das gesellschaftliche Entwicklungsziel und die gestellte Modernisierungsaufgabe.

Kaum ein Terminus hat – vom unbestrittenen Spitzenreiter „Globalisierung“ abgesehen – eine vergleichbare Karriere hinter sich wie die „Wissensgesellschaft“. Die Rede von dieser „Gesellschaft“ formuliert zwar nicht viel mehr als eine Hypothese, eine einseitig zuspitzende Prognose gesellschaftlicher Entwicklung – aber das immerhin tut sie. Schon zu viele Wissenschaftler, Ökonomen, Unternehmer und Politiker haben sich auf den mit dem Terminus umrissenen sozialen Wandel, auf die Probleme, die er schafft und die Aufgaben, die er stellt, verständigt, als dass ihm Relevanz und Kongruenz mit realen Prozessen abzusprechen wäre.

Wissensgesellschaft: jüngstes Stadium des Kapitalismus – oder Weg hinaus? Wie also vollzieht sich der Übergang der Industrie- in die Wissensgesellschaft, was unterscheidet sie von anderen Formationen, wie wandeln sich die sozialen Beziehungen? Wie steht es in dieser Gesellschaft um die großen Fragen von Reichtum, Armut, Gleichheit und Ungleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit, wie um die Zukunft von Demokratie, Ökonomie, Politik, Arbeit, Alltag, Umwelt, Technik, soziale Sicherheit? Und was macht diese Gesellschaft aus den Menschen?

Kritische Reflexion – oder auch Aufklärung – ist der angemessene Verhaltenstypus in einer Gesellschaft, die für sich die Charakterisierung Wissensgesellschaft reklamiert. Dies schließt die Reflexion über ihren Gegenpol, über Dummheit, Torheiten und Ressentiments ein. Die Debatte um die „Wissensgesellschaft“ liefert die Folie, um handlungsleitende Prognosen über gesellschaftliche Zukunft zu entwickeln und den Wer-

tekanon zu exemplifizieren, von dem anzunehmen ist, dass er Gesellschaft besser zusammenhält als andere Vorstellungen. Aus beidem lässt sich das Konzept einer aufgeklärten Modernisierung filtern, dessen Subjekt eine „radikale Mitte“ – also die nicht nur veränderungsbereiten, sondern wegen ihrer gesellschaftlichen Position auch veränderungsfähigen sozialen Kräfte – sein könnte. Man kann es auch sagen: Die Debatte über die Wissensgesellschaft eignet sich besonders dazu, zu klären, wo's lang geht.

Die Wissensgesellschaft, so erscheint es auf den ersten Blick, ist in einem höheren Maße als der fordistische Kapitalismus subjektzentriert. Ihr Subjekt sind die einzelnen, die wissen, die Wissen produzieren oder anwenden. Der Aufklärung bedarf allerdings, ob eine Gesellschaft, in der sich die Differenz zwischen dem individuell adaptierbaren Wissen und dem „Wissen der Gesellschaft“ nahezu ins Unendliche steigert, überhaupt den Begriff Wissensgesellschaft verdient – gemessen an jenen Gesellschaftsformationen, in denen jedes durchschnittliche Gesellschaftsmitglied noch wusste, wie die Subsistenz der gesamten Gemeinschaft zu sichern ist. Oder entfaltet sich die Wissensgesellschaft, die Gesellschaftlichkeit von Wissen erst dann, wenn es keinen Leonardo mehr geben kann? Und schließlich bedarf es einer Antwort auf die Frage, was – wenn schon alle Kommentatoren staunend die Dynamik kommentieren, in der immer mehr Wissen generiert wird, das immer schneller veraltet – wirklich gewusst werden muss. Das ist für eine aufgeklärte Modernisierung ebenso wie für gesellschaftliche Kohäsion die Schlüsselfrage.

Obwohl die praktische „Durchsetzung“ und gesellschaftliche Geltung von Wissen auf der Basis wissenschaftsimmanenter Stimmigkeit für die zeitgenössische Praxis ein hinlängliches, weil handhabbares Wahrheitskriterien sein kann, ist damit die Frage nach dem Wahrheitsgehalt von Wissen nicht abschließend beantwortet. Paradigmenwechsel in der Wissenschaft, mehr noch Umbrüche von Weltbildern – vom ptolemäischen zum kopernikanischen, vom Newtonschen zum Einsteinschen Universum – signalisieren, dass gesellschaftliche Praxis bis zu einem gewissen Grad auch mit fatal bruchstückhaftem, wenn nicht sogar falschem gesellschaftlichem Wissen funktioniert. Die Praxis ist allerdings entsprechend, was vor allem meint, sie ist begrenzt, bewegt sich in dem vom gesellschaftlichen Wissen umrissenen Raum von Möglichkeiten. Kaum zu bezweifeln ist auch, dass die pure Quantität von Wissen keineswegs vor Handeln und Verhalten wider bestes Wissen und Gewissen feiert, wofür die Differenz zwischen gesellschaftlichem ökologischem Wissen und nachhaltiger gesellschaftlicher Praxis heutzutage exemplarisch steht.

Andererseits wird eine Wissensgesellschaft aus dem konservativen Dilemma ausbrechen. Denn gerade sie wird die stabilitätsgefährdende Inkompatibilität von ungebremster Modernisierung und starren Wertesystemen wahrnehmen und den Widerspruch von

schrackenloser Akkumulation formalen Wissens und konservativen Erziehungsidealen bzw. Sekundärtugenden als Hemmnis für die eigene kohärente Entwicklung entdecken. Dies schließt das Wissen um die Untauglichkeit jedes Versuchs ein, diesen Gegensatz nach welcher Seite auch immer einseitig aufzulösen. Ebenso wird sich eine Wissensgesellschaft der Aufgabe verschreiben, aus der sich überschlagenden Informationsflut nicht nur Wissen herauszufiltern, sondern in Wissensproduktion und Wissenstransfer auch eine von der Schnelllebigkeit der Medien und ihren Codes abweichende Dynamik zu kreieren. Wie Wissen über radioaktive Abfälle, das künftige Generationen benötigen, weder dem Verlust preisgegeben noch durch eine atomare Priesterschaft unzugänglich gemacht wird, ist ein exemplarisches Kriterium für eine Wissensgesellschaft, die republikanisch-demokratischen Traditionen folgt.

In früheren Zeiten der mündlichen Überlieferung wäre die Tradierung gefährlichen Wissens die Aufgabe der weisen Alten gewesen. Da wachsendes medizinisches Wissen das Leben verlängert und Altern erleichtert, wird die Wissensgesellschaft eine eigene spezifische Alterspyramide aufweisen. Weit weniger gewiss ist, ob mehr Alte die Gesellschaft heute auch weiser oder nur bornierter machen. Die Dynamik einer „alten“ Gesellschaft ist gewiss anders als die einer „jungen“. Und seit der Entdeckung der Langsamkeit ist pures Tempo entzaubert. „Das haben wir früher so gemacht“ kann Hemmnis oder Hinweis für gesellschaftliche Entwicklung sein. Die Wissensgesellschaft wird ihre eigenen Kommunikationsformen und Lernweisen entwickeln müssen, die es der älteren Generation ermöglichen, Wissensspeicher, Erfahrungsschatz und kollektives Gedächtnis zu. Das Netz, das auch Distanz schafft, könnte – netzkompatible Alte unterstellt – einer der Orte sein, an dem Erfahrungsaustausch zwischen Jung und Alt unterhalb der Schwelle des harten Generationenkonflikts organisiert werden kann.

Nachzugehen ist auch dem eigentümlichen Nebeneinander von Charakterisierungen der heraufdämmernden neuen Formation als „Informationsgesellschaft“ einerseits, „Wissensgesellschaft“ andererseits.

Der Dreischritt intellektueller Leistung und Verarbeitung – von der Information zum Wissen zur Bildung – hat allerdings noch niemanden bewogen, darüber hinausgehend auch von einer „Bildungsgesellschaft“ zu sprechen. Der banalste Grund ist, dass möglicherweise Bildung diejenige Ressource ist, die zur Ordnung von Information und Wissen am dringendsten gebraucht wird, aber am meisten mangelt. Mag sein, dass jeder subjektzentrierte Bildungsbegriff unter dem Ansturm ungefilterter Informationsmassen und unter dem Druck institutionell akkumulierten Wissensberge zusammenbricht. Mag auch sein, dass die Erinnerung an die hohe Integrationsleistung von Bildung – die Ordnung von enzyklopädischem Wissen durch gesellschaftlich akzeptierte Relevanzkriterien und rückgekoppelt an herrschende Werte und Normen – notwendigerweise verblasst, zumal in

Deutschland. Denn hierzulande war eine bestimmte Variante von Bildung, personifiziert durch das „Bildungsbürgertum“, keineswegs Schutzwall gegenüber Barbarei.

Bleibt die Frage, was als funktionales Äquivalent für Bildung in einer Gesellschaft fungieren könnte, die jeden traditionellen Bildungsbegriff auflöst. Der mittlerweile standardisierte Verweis auf Wissen über Methoden der Informationsaneignung und Wissensverarbeitung einerseits, auf Ordnungswissen andererseits erscheint zu lapidar. Er könnte Gefahr laufen, die Dimensionen jener Vereinsamung, Isolation und existentielle Krise des Einzelnen – die insbesondere in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch Klassensolidarität und nationalem Gemeinschaftsgefühl eher fatal als produktiv aufgefangen wurden – in einer Welt zu unterschätzen, in der vieles gewusst, mehr noch aber nicht gewusst werden kann und kaum noch etwas gewiss ist.

Das technologische Fundament der Wissensgesellschaft: Das Netz und die virtuelle Realität

Höchstens die Genetiker übertrumpfen derzeit mit ihren Entwürfen die euphorischen Inszenierungen, mit denen die technischen Grundlagen der Informations-/Wissensgesellschaft gefeiert werden. Welche technologische Dynamik setzt die Kapitaldynamik in Gang?

Die neuen Technologien, die etwas wie eine „Wissensgesellschaft“ erst möglich machen, sind zu den „radikalen Innovationen“ zu zählen, die zu den etablierten Infrastrukturen und Nutzungspraktiken in einem Spannungsverhältnis stehen. Sie müssen erst zu einem neuen System von Infrastruktur integriert werden, um überhaupt alle neuen Nutzungsmöglichkeiten zu eröffnen und alle neuen Nutzungspraktiken ausbilden zu können. Unübersehbare Umwälzungen für Wissensproduktion und -distribution sowie Anwendung folgen aus der Konvergenz von Informationstechnik, Telekommunikation und Unterhaltungselektronik. Vor allem die integrierten Online-Dienste sind dabei, eine Schlüsselposition als wissensrespektive Informationsdistributoren zu erringen. Mit ihrem hohem Anteil an nicht-standardisierter Formen der Information, Beratung und Aushandlung, mit neuen Kombinationen von Produktion und Distribution durch vereinheitlichte Informationen, durch die Ökonomisierung lebensweltlicher Bereiche und Inszenierung neuer Konsumformen prägen sie der künftigen Konsum- und Dienstleistungskultur ihren Stempel auf.

Aber was macht es mit unseremgleichen? Neben die preiswerten Wunderwerke für jedermann, die den Zugang zum Netz verschaffen und die individuellen Fähigkeiten potentieren, treten die Technologien der großen Systeme, der Regierungen, der Banken, des Militärs, der Geheimdienste, der Konzerne: Die Technologien der Informationshortung, Ver- und Entschlüsselung, Abschottung, Bündelung, Selektion, des Ausspähens, Abhörens, Ab-

schöpfens und Überwachens, der Infiltration und Manipulation - und alles in großem Maßstab. Welche Arten von Netzen und Vernetzung möglich ist, wird durch das Tempo der technologischen Entwicklung gegen unendlich gesteigert - aber welche wir wollen, ist eine Frage der verbliebenen Fähigkeiten zur politischen Gestaltung, die ihrerseits zunehmend von der Verfügung über „Informationstechnologien“ abhängt.

Die technologische Revolution, die mit „Informationstechnologien“ und „neuen Medien“ umschrieben wird, verändert die Beziehungen der Menschen rapide, in jeder Hinsicht und bis in die Details des Alltags. Der Zusammenbruch der Privatsphäre und die Veröffentlichung des Intimen durch das Handy ist - wie die die Aufwertung bestimmter Mobilitätsformen durch den Internetzugang am mobilfesten Schreibtisch in der Bahn - nur eines von vielen Beispielen. Ob die technologischen Potentiale der Demokratie und der Subversivität schneller wachsen als die der Macht und Kontrolle gehört zu den offenen Fragen, die möglicherweise - ohne dass wir es wissen - schon praktisch beantwortet sind.

Die Ökonomie der Wissensgesellschaft

Wenn der Reichtum der Nationen nicht mehr einfach nur als ungeheure Warenansammlung - produziert von der arbeitenden Klasse - erscheint, sondern Wissen sowohl als Quell als auch Element von Reichtum daneben tritt, dann bedarf das neueste Stadium des Kapitalismus der ökonomischen Präzisierung. Was ändern eigentlich Produktion von und Handel mit Information oder Wissen am Kapitalismus? Wie wird er, dem doch bei seinem Kerngeschäft $G - W - G$, die stoffliche Seite der Produktion gleichgültig ist, durch die partielle Entstofflichung der Warenwelt der neuen Ökonomie modifiziert, transformiert - oder bleibt er der alte? Wie werden ökonomische Grundfragen durch die neue Rolle von Information/Wissen in der Wertschöpfung tangiert? Was wird aus Arbeitsplätzen und Beschäftigung, was aus dem Erwerbsleben und den Erwerbsbiografien? Kommt der Wachstumsschub und/oder das Ende der Arbeit? Wird - wenn Wissen zur Ware wird - aus der Warenproduktion mittels Waren die Wissensproduktion mittels Wissen?

Womöglich stellt sich das Entfremdungsproblem ebenso neu wie die Eigentumsfrage. Denn das Produkt der Wissensproduktion muss nicht nur durch die Köpfe der Produzenten, bevor es von anderen angeeignet wird, es bleibt dort auch immer, selbst wenn es von anderen angeeignet wird. Das immerhin wäre ein etwas anderer Vorgang als bei den Röhren von Mannesmann beispielsweise. Trifft darüber hinaus die optimistische These zu, dass immaterielle Wertschöpfung in der Wissensgesellschaft dem Projekt Nachhaltigkeit nur dienlich sein kann? Immerhin ist das Produkt selbst immateriell, wiewohl die Gerätschaften, die zu seiner Erstellung benötigt werden, insbesondere bei der Herstellung beträchtliche Ressourcen verbrauchen. In dem Maße

allerdings, in dem die Qualität der Wissensproduktion durch standortunabhängige Technologien, durch Kombination mobilen Personals und vielleicht noch durch regionale kulturelle Differenzen bestimmt wird, werden Wertschöpfung und Ressourcenverbrauch zumindest am Ort der Wissensproduktion zunehmend entkoppelt. Im Gegenteil, die Konzentration von Wissenschaftseinrichtungen im Voralpenland verweist auf eine neue Funktion weitgehend intakter Umwelt: als animierende Produktionsbedingung und Standortvorteil auf dem Markt für hochqualifizierte Wissensproduzenten.

Für die Unternehmen steht im Zentrum des Umbruchs des Wertschöpfungsprozesses die Produktion von Wissen, das die Produktivität steigert und Konkurrenzvorteile beschert. Wissensakkumulation wird zum Fundament der Wettbewerbsfähigkeit. Dabei liefert den im Wettbewerb stehenden Einheiten die Umwandlung aller für Produktion und Konsumtion bedeutsamen Informationen in eine einheitliche, allgemein verständliche und jederzeit abrufbare Informationsform den ersten entscheidenden Vorteil. Ein kompetitiver Vorsprung entsteht jedoch erst durch Wissensvorsprünge mittels spezifischer Informationsverarbeitung und -bündelung. Beide Prozesse sind der Antrieb für die Generierung neuer hochqualifizierter Dienstleistungen.

Der Kapitalismus hat am Ende des Jahrhunderts materielle Verhältnisse geschaffen, die in den Augen der Arbeiterklasse der 30er Jahre - hätte man ihr darüber berichten können - einer Revolution gleichgekommen wäre und vor allem auch eine Revolution vorausgesetzt hätte. Aber es gibt kein Indiz dafür, dass die Ökonomie der Wissensgesellschaft ein Grundgesetz der Warenproduktion außer Kraft setzt: dass andere einen Bedarf an diesen Waren haben, weil sie selbst nicht über die Mittel verfügen, sie herstellen. Warenproduktion setzt Ausschluss und Mangel voraus. Der Stimulus der verblüffenden Informationsfülle des Netzes, für deren Erwerb nichts außer Telefongebühren und Strom zu bezahlen sind (dies allerdings in jedem Fall, und so mancher hat schon erstaunliche Telefonrechnungen vorgefunden), täuscht mitunter darüber hinweg, dass das Kerngeschäft auch der Wissensökonomie der profitable Verkauf von Information oder Wissen ist! Insofern bleibt der Erwerb von Wissen an verfügbares Einkommen gebunden, im Zweifelsfall an die Fähigkeit selbst durch Wissensproduktion die notwendigen Mittel zu erwerben, um Wissen zu akkumulieren. Wissensakkumulation bleibt eine Funktion der Fähigkeit zur Geldmehrung - und dies bleibt ein zentrales Moment der Herausbildung von Haben und Nicht-Haben auch in der Wissensgesellschaft.

Und doch enthält die Ökonomie der Wissensgesellschaft ein spezifisches Moment der Knappheit bzw. der Verknappung, die mit den stofflichen Besonderheiten immaterieller Waren zu tun zu haben scheint. Eine Blaupause - einmal ins Netz gestellt - ist unendlich reproduzierbar, adaptierbar, nutzbar. Knappheit folgt nicht aus knappen natürlichen Ressourcen oder knappen Produktionsfaktoren. Die Wissensökonomie erzwingt Verknappung

durch technologische Prozeduren, durch Zugangsverweigerung, Verschlüsselung, Codierung etc. Sie erfordert eigene Verknappungstechnologien. Dies allerdings ist ein neues Moment des absurden Realismus in der kapitalistischen Ökonomie, das dessen Verknappungsstrategien beim Milchsee, dem Butterberg, dem verbrannten Kaffee oder den zerstampften Tomaten noch überbietet. Nirgendwo sonst wie bei zurückgehaltenen Informationen, beim Ausschluss von Wissen wird die vernünftige Irrationalität des turbulent-chaotischen Kapitalismus so deutlich, potentiell allgemein verfügbaren Reichtum zu produzieren und ihn dennoch knapp zu halten.

Zukunft der Arbeit in der Wissensgesellschaft

Wie steht es um die „Zukunft der Arbeit“, wenn sich die Industrie- zur Wissensgesellschaft wandelt? Stimmen all die Thesen über die Dimensionen des Wissenszuwachses und den Bedeutungszuwachs von Wissen für Politik, Ökonomie und andere gesellschaftlicher Handlungsfelder, dann rückt der Arbeitsprozess, der Wissen produziert, als Segment gesellschaftlicher Arbeit nicht nur in den Mittelpunkt des Interesses, die Wissensgesellschaft zu begreifen, sondern in den Mittelpunkt des Arbeitsprozesses selbst. Die Folgen der Transformation der fordistischen Regulationsweise gesellschaftlicher Arbeit in die der Wissensgesellschaft – für Selbstdeutung und Selbstbewusstsein der arbeitenden Individuen über die Wandlung gewerkschaftlicher Organisationsformen, die Umschichtung von Massenkauflkraft und Massenkonsum bis hin zur Mutation nationaler, erwerbsarbeitsbasierter sozialer Sicherungssysteme und der „Kultur der Arbeit“ – sind gewiss, gleichwohl im Detail unübersehbar.

Gegenüber euphorischen und pessimistischen Prognosen, ob das gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeitvolumen in der Wissensgesellschaft zu- oder abnimmt, erscheint eine Mittelposition, die dies prognostisch offen lässt, aber als Problem begreift, allemal realitätstüchtiger. Neuartige technikbasierte Formen der Informatisierung – Umwandlung tendenziell aller im Arbeitsprozess anfallenden Informationen in eine einheitliche Informationsform – erzwingen bzw. erlauben allerdings eine völlige Neustrukturierung sowohl von Räumen und Orten als auch von Zeitformen und Zeitorganisation gesellschaftlicher Arbeit. Und allein schon die Flexibilisierung wissenschaftlicher Arbeit, die neuen Formen ebenso riskanter wie attraktiver Arbeitsbeziehungen im Wissenschaftssystem, deren Bandbreite von dauerhaften und unkündbaren Positionen bis hin zu prekären Projektkarrieren zwischen Teilzeitarbeit und Teilzeitarbeitslosigkeit reicht, lassen die Richtung der Redefinition dessen erahnen, was in der Wissensgesellschaft als „Normalarbeit“ gelten könnte.

Wissensproduktion im engeren Sinne, hochtechnologisch fundierte singuläre, qualitativ differenzierte, personen- und situa-

tionsbezogene Dienstleistungen mischen sich mit wissensgestützter, auf technologischen Revolutionen beruhender hochproduktiver, kapitalintensiver industrieller Massenproduktion ebenso wie mit wissensarmen Low-Tec-Dienstleistungen. Die Richtung der Umstrukturierung der gesellschaftlichen Arbeit zeichnen Arbeitsprozesse und Formen der Arbeitsorganisation vor, die den Spezifika der Wissensproduktion folgen: ihren Phasen und Rhythmen, ihren Kreativitätshöhen und -senken, den individuellen Arbeitsstilen ihrer Akteure, ihren Gruppen- und Teamprozessen, ihrem spezifischen Umgang mit Erfahrung und Innovation.

Die als gesellschaftlicher Fixpunkt allgegenwärtige Figur des abhängig Vollzeitbeschäftigten könnte gegenüber neuen Varianten von Selbständigkeit als Auftragnehmer, Mitunternehmer, Klein- und Kleinstunternehmer, gegenüber vielfältigen Formen freier Gestaltung von Werk- und Projektverträgen, Spielarten flexibler Beschäftigung und befristeter Arbeit, ja selbst der Leiharbeit die normative Vorherrschaft verlieren. Und all diese Formen werden nicht nur untereinander, sondern auch mit privater, selbstreproduktiver Arbeit außerhalb des Kapitalverhältnisses neu kombiniert.

An die Stelle des „Berufs“ treten multiple Tätigkeiten in temporären Projektgruppen, an die Stelle funktionslogischer Arbeitsteilung und Hierarchien tritt Teamarbeit, feste persönliche Arbeitsplätze weichen flexiblen Arbeitsstationen und wechselnden Arbeitsorten, schriftliche Aufzeichnungen und direkte Anweisungen werden durch elektronisch vermittelte Kommunikation per Netzwerk und Handy ersetzt. Beruflichkeit wird durch neuartige „Tätigkeiten-Portfolios“ abgelöst, wie sie schon heute jener wachsende Kreis Hochqualifizierter vorzeichnet, der – selbst nicht mehr festgelegt – zwischen den verschiedenen Etappen von Wissensproduktion, -transfer und -anwendung pendelt: zwischen Wissenschaft, Beratung, Journalismus, Publizistik, Kontemplation und politisch-gesellschaftlichem Engagement. Vor allem die Gewerkschaften müssen sich klar werden, dass sich eine ihrer zentralen Kampfkategorien – die „Belegschaft“ – verflüchtigt. Sie spaltet sich möglicherweise allenthalben nicht nur in eine Kern- oder Stammbeflegschaft, sondern löst sich überhaupt auf in fließende Personalkombinationen. Hochqualifizierte WissensarbeiterInnen werden mit nomadisierenden Just-in-Time-MitarbeiterInnen zusammengebracht, die teils Aushilfs- und Jedermanns-Arbeiten übernehmen, teils aber als hochqualifizierte selbständige Dienstleister über „freelancer-Börsen“ angeworben und in die betrieblichen Abläufe eingebaut werden.

Wissensproduktion als spezifischer Arbeitsprozess führt sowohl zu einer Neuverteilung regionaler „Produktionsstandorte“ im globalen Maßstab und einer kleinräumigen Neuorganisation der Arbeit als auch zu einer neuen Verzahnung der Orte von Produktion und Konsumtion. Wissensproduktion ist am PC und künftig am integrierten medialen Terminal auf dem Landgut in der Tos-

kana, in der Finca auf Lanzerote oder in der Kleinstadt ebenso möglich wie an den Großgeräten der Großforschungseinrichtung an traditionellen Forschungsstandorten. Die Dimensionen der jeweiligen technischen Voraussetzungen determinieren und eröffnen die Spielarten der räumlichen Reorganisation des Arbeitsprozesses. Teams aus Produzenten und Dienstleistern suchen größtmögliche regional- und kulturspezifische Nähe zueinander und zu ihren Kunden, operieren räumlich separiert, aber elektronisch vernetzt auf hohem, gleichwohl raumsparenden technologischen Niveau in der häuslichen Umgebung oder sogar „unterwegs“, je mehr Bahn AG und andere Mobilitätsunternehmen technische Voraussetzungen für Netzkommunikation in ihren Verkehrsmitteln bieten. Neuartige Formen arbeitsbedingter Sesshaftigkeit wechseln mit Einsätzen dort, wo sich Kompetenzen zur Wissensproduktion bündelt lassen und an „kundennahen“ Orten. Ob neue „Klasse“ moderner Nomaden oder gipsy academics, ob erzwungene Migration im Wissensproduktionssystem oder brain drain, ob auf der Jagd nach Ruhm und Anerkennung oder einfach dem Lockruf des Goldes hinterher: Auch der Status und die interne Stratifikation dieser neuen „Klasse“ werden sich allerdings daran messen und danach beurteilen lassen, welches Maß an autonomer Entscheidung der Arbeitsgestaltung den einzelnen jeweils offen steht.

Die Demokratie und gesellschaftliche Kohäsion in der Wissensgesellschaft

Demokratie hat eine territoriale Basis. Das Netz allerdings löst diesen Zusammenhang partiell auf, erhöht aber die Möglichkeiten regionaler wie nationaler und transnationaler Kommunikation über Gestalt und Gestaltung des Gemeinwesens. Gleichwohl positioniert die Wissensgesellschaft das Individuum neu, sie verlangt nach neuen Formen der Gleichheit und der Freiheit, weil abzusehen ist, dass Wissen - die neue Produktivkraft und die neue Reichtumseinheit - ungleich verteilt und der Zugang zu ihm nicht für alle gleich offen ist. Das individuelle Recht auf Bildung wird zum Bürgerrecht sui generis, zum Recht nämlich, in der sich formierenden Wissensgesellschaft überhaupt teilhabende/r Bürger/in sein zu können, also zum fundamentalen Garanten gesellschaftlicher Inklusion.

Die Hoffnungen auf eine durch neue Technologien gestützte demokratische Wissensgesellschaft werden allerdings durch die Pass-/Codeword- und Geheimzahlen-Kultur und die Errichtung des elektronischen Maschendrahtzaunes, durch den Wettlauf zwischen Verschlüsselungsspezialisten und Hackern, durch neue Grenzziehungen zwischen legitimen und kriminellen Informationsbedürfnissen zumindest realistisch zurechtgerückt, wenn nichts sogar desillusioniert.

Das Recht auf Information, auf Wissen, auf Bildung bedarf daher einer sorgfältigen rechtlichen wie institutionellen Ausgestaltung. Man wird nicht umhin können, sie auch dann radikal

vom Individuum und seiner wissensfundierten Gesellschaftsfähigkeit her vorzunehmen, wenn sich der Blick auf die unternehmerische Nachfrage nach Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt oder auf den Bedarf an Qualifikationen in einer Gesellschaft richtet, die sich für ihre innere Stabilität interessiert. Und es liegt im Interesse einer stabilen Demokratie, es zu einem neuen Komplex von Rechten auf Information, Wissen, Bildung (in und außerhalb entsprechender Institutionen) auszuweiten. Diese Rechtsgewährung, die Gewährung von Zugangschancen zu einschlägigen Informations- und Bildungsprozessen einschließlich der erforderlichen Alimentierung folgt notwendigerweise einer anderen Logik als bei der Entwicklung individueller Arbeitsmarktfähigkeit.

Umgekehrt ist das Recht der Wissensproduzenten auf ihre Freiheit ebenso zuallererst subjektzentriert wie das Recht auf Bildung zu denken. Dies verlangt eine ständige Abgleichung der in Deutschland grundgesetzlich garantierten individuellen Wissenschaftsfreiheit mit den Freiheiten und Aufgaben der Wissenschaftsinstitution. Und es entsteht nicht nur ein Spannungsfeld bei der Verteilung der Rechte am geistigen Eigentum zwischen Wissen produzierenden Subjekten und den Institutionen, die den Prozess der Wissensproduktion gewährleisten. Ein Spannungsfeld entsteht auch permanent zwischen der garantierten Freiheit einiger, ihr Wissen als einkommensstiftendes Eigentum zu verwerten, und der Informationsfreiheit aller. Für die Wissensgesellschaft ist die Regulierung des geistigen Eigentums als Eigentum an Wissen die zentrale Eigentumsfrage.

Die Demokratie kennt zu Recht keine an den Bildungsstand gekoppelte Einschränkung des aktiven Wahlrechts und nur eine durch Altersgrenzen umschriebene fähigkeitsbezogene partielle Einschränkung des passiven Wahlrechts. Ein Grundgedanke ist, dass die Stimme eines jeden unabhängig von seinen Kenntnissen des politischen Systems, seinem Verständnis für Politik, seiner Identifikation mit der Demokratie, also unabhängig von Informiertheit, Wissen und Bildung gleichermaßen zählt. Demokratie funktioniert auch - und die Vereinigten Staaten als unzweifelhafte Demokratie leben es vor - wenn sich materielle Ungleichheit in hohem Maße mit informationeller Ungleichheit und Ungleichheit der Bildungschancen paart.

Es ist wohl eine Funktion der Demokratiegeschichte und der historischen Stabilitätserfahrungen einer Nation, wieweit sie politisch qualifizierte Bürger will, weil sie sie braucht. Die Demokratie in Deutschland tendiert im Bereich der staatsbürgerlichen Bildung mehr als andere Nationen und anders als in anderen Bildungsbereichen zu einer (informellen) Bildungspflicht, die durch Gewährung von Chancen und Alimentierung unterfüttert wird. Insgesamt tendiert die Demokratie zur Bildungspflicht am unteren Ende des Arbeitsmarktes und bei den Übergängen zwischen Arbeitsmarkt und den sozialen Sicherungssystemen. Denn die Gemeinschaft der Demokraten erwartet von ihresgleichen geringe Inanspruchnahme sozialer Sicherungssys-

teme, um von allen nur geringe Beiträge verlangen zu müssen. Arbeitsmarktorientierte Bildungspflichten folgen aus dieser Logik.

Doch was, wenn die optimistischen Prognosen über die Entwicklung des Arbeitsmarktes zusammenbrechen und sich die Wahrheit der pessimistischen abzeichnen beginnt, dass Demokratie in Deutschland nur soweit und solange stabil ist wie der Arbeitsmarkt hinlänglich gesellschaftliche Teilhabe gewährt? Was, wenn sich als irrationales Projekt abzeichnet, die Stabilität der Demokratie und des Staates ausgerechnet von einem Institut wie dem Arbeitsmarkt abhängig zu machen, der sich dem gestaltenden Zugriff auch demokratisch legitimierter Politik zunehmend entzieht? Es könnte sein, dass sich Bildung - formelle und informelle in und außerhalb dafür vorgesehener Institutionen - sowie informationsgestützte und wissensbasierte politische Mitwirkung als funktionales Äquivalent für die arbeitsgesellschaftliche Teilhabe erweisen müssen. Dann allerdings bekäme die Ablösung der Arbeitsgesellschaft durch die Wissensgesellschaft einen neuen Sinn.

Lernen in der Wissensgesellschaft

Das Bildungssystem ändert sich und wird sich weiter ändern - aber wie und wohin? Dabei ist weit vor auszudenken. Welche Trends lassen sich konstatieren und wie reagiert das Bildungssystem darauf? Welches Bildungssystem braucht die Wissensgesellschaft - wie sieht das Bildungssystem aus, das wir bekommen werden? Der Versuch ist neu zu unternehmen, Prognose und Wunsch auszutarieren und als weit vorgegreifendes Leitbild für die Praxis tauglich zu machen.

Zu konstatieren ist die Auflösung des Bildungssystems als Raum der autoritativen Tradierung von Gewissheiten, der einem Raum der gesellschaftlichen Selbstaufklärung Platz macht, in dessen Mittelpunkt die gesellschaftlichen Individuen als Subjekte stehen. Eine semiautoritäre Veranstaltung, in der die, die es besser wissen, den anderen sagen, was gewusst werden soll, wird abgelöst durch eine neue, egalitärere, in der durch Kommunikation jede/r darauf vorbereitet wird, selbst und für sich zu entscheiden, was zu wissen sich lohnt.

Die Innovationsgeschwindigkeit in Industrie und Informationsdienstleistungsindustrie produziert allerdings eine unüberbrückbare Qualifikationslücke: Das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften hält nie - strukturell und grundsätzlich nicht - mit dem schnellen Wandel der Nachfrage Schritt. Jeder strukturelle Reorganisationsversuch im Bildungssystem ist besser beraten, diese grundsätzliche Lücke jederzeit in Rechnung zu stellen als sich ständig fruchtlos an ihrer Schließung abzuarbeiten. Denn in einer dynamischen Welt, in der das Bildungswesen nie die konkrete Nachfrage, sondern immer nur - wenn überhaupt - die allgemeinen Trends der Nachfrage antizipieren kann, wird die klassische Frage junger Auszubildender „Wozu

brauchen wir das in der Praxis?“ ebenso obsolet wie die resignierende Feststellung älterer Arbeitnehmer „Dafür bin ich nicht ausgebildet worden!“ „Lebenslanges Lernen“ ist auch eine Antwort auf dieses Dilemma der Ungleichzeitigkeit von nachgefragten Qualifikationen und Leistungen des Bildungssystems. Der Begriff suggeriert Kontinuität, praktisch vollzieht sich dieses lebenslange Lernen phasen- und schubweise. Kurzfristig anzueignende Qualifikationen bauen auf lange Bildungsphasen auf, formelles Lernen in Bildungsinstitutionen verschränkt sich mit informellen Lernprozessen in der Erwerbsarbeit, in der Freizeit oder in Phasen der Arbeitslosigkeit.

Wo aber zwischen emanzipatorischen Hoffnungen auf eine sich selbst genügende lebenslange Beschäftigung mit den Grundfragen des Seins und einem vom Arbeitsmarkt diktierten lebenslänglichen Zwang zum informationsgestützten „selfdesign“ pendelt sich Lernen ein? Und was folgt daraus für die institutionelle Reorganisation des Bildungswesens, was für seine innere Gliederung? Was wird aus dem Recht auf Bildung, was aus dem ganzen Katalog der politischen Forderungen von Chancengleichheit bis hin zu emanzipatorischer Bildung, was aus Kopplung/Entkopplung von Arbeitsmarkt und Bildungssystem etc.? Wenn Bildung ein Bürgerrecht sein muss, weil Wissen zur grundlegenden Reichtumseinheit wird, zu der alle ihren Zugang haben müssen - wie ist die Verwirklichung dieses Rechts dann zu finanzieren? Die Frage der „gerechten“ Anteile öffentlicher und individueller Beiträge zur Finanzierung von Bildungsprozessen in einer Gesellschaft, die im eigenen Interesse von ihren Bürgern Bildung verlangt, in der Wissen mehr denn je Macht und Reichtum verheißt und der Ausschluss von Wissen Ausschluss von Teilhabe und Gesellschaftsfähigkeit bedeutet, ist gewiss neu aufzurollen.

Auch das Verhältnis von organisiertem und informellem Lernen wird sich - das zeichnet sich ab - verändern. Bildungseinrichtungen als Räume und Territorien dürften durch die Veränderungen der Kommunikation des Wissenserwerbs und der Kommunikation zumindest einen Funktionswandel erleben, wenn nicht gar einen Funktionsverlust erleiden. Dass in einer Gesellschaft, die sich zumindest schwerer tun wird, Kohäsion über Curricula herzustellen, vor allem Orientierungs- und Methodenwissen ein zunehmendes Gewicht erlangen werden, erscheint plausibel. Was aber wird dann aus den traditionellen Zusammenhängen von Wissensstand/Bildungsniveau und sozialem Status? Und welchen Zertifizierungsmethoden entsprechen diese absehbaren Veränderungen? Schließlich: Wenn alle nicht nur vieles wissen - sondern auch darüber entscheiden können, was sie wissen wollen - wie und von wem wird dann noch entscheidbar, was alle wissen sollen? Wer also sind die Weisen, denen wir die Festlegung des „Basiswissens“ anvertrauen können?

Traditionslos kann die Bildungspolitik der Wissensgesellschaft diese und andere Fragen nicht behandeln und wird sie auch nicht. Die Frage ist aber, welche ihrer Referenzpunkte - die

individualistischen Elemente der sozialliberalen Bildungspolitik, die links-libertäre Kritik am sozialliberalen Etatismus, die Traditionslinien der Reformpädagogik beispielsweise – sich produktiv in einer neuen Konzeption von Bildung und Wissen bzw. einer entsprechenden Politik aufgreifen und fortführen lassen. Schulen, Hochschulen, Berufsschulen, das duale System, Fachschulen, Weiterbildungseinrichtungen: sie alle müssen selbst auf die gesellschaftlichen Veränderungen reagieren. Autonomie jedenfalls gilt als der Schlüssel einer höheren Anpassungsleistung der Bildungsinstitutionen. Welcher Grad an Autonomie aber ist ihnen für diese Anpassungsleistung zuträglich? Welches neue Verhältnis gewinnen die Akteure im engeren Sinne – Lehrer, Schüler, Eltern, Studierende, Hochschullehrer, Schul- und Hochschulleitungen usw. – innerhalb autonomer Bildungsinstitutionen zueinander und zu ihrem Umfeld, seien es staatlich repräsentierte gesellschaftliche Ansprüche, seien es unmittelbar artikulierte gesellschaftliche Interessen?

Alltagskultur der Wissensgesellschaft

Es wäre eher verwunderlich, wenn die Wandlungen von Technologien, Ökonomie, Arbeitsprozess, Demokratie, Politik die Alltagskultur der Zivilgesellschaft unberührt ließen: Sprache, Schrift, Lesen, Umgangsformen, Moden, soziale Beziehungen, Mobilität, Selbstdarstellung und Selbstinszenierung, Geschlechterverhältnis, Konsum, Haushalt und Hausarbeit, Öffentlichkeit und Privatheit?

Was wird aus dem Buch als dem klassischen Wissensmedium, was aus der Handschrift und dem persönlichen Medium Brief, was aus Kopfrechnen und Rechtschreibkompetenz? Wie verwandeln sich im Netz aseptisch vorbereitbare menschlichen Beziehungen in persönliche Begegnungen, die durch Körpersprache und körpereigene Duftstoffe gesteuert werden? In welche neuen Integrationsmuster löst die Ubiquität von Informations- und Eventmengen, die die menschliche Verarbeitungskapazität sprengen, jenes nationenweite kollektive „Tagesgespräch“ auf, das in den 60er Jahren ein Durbridge-Krimi zu produzieren vermochte? Wie rekombinieren sich privater Tourismus, berufliches Nomadentum und Co-cooning? Wie verschränken sich Öffentlichkeit und Privatheit, wenn dieselben Personen, die noch vor wenigen Jahren mit Abwehrgesten die Türen der Telefonzellen gegenüber allzu Nahestehenden zuzogen, heute als Handynutzer in Zugabteilen intimste private und geschäftliche Details mitreisenden Zeitgenossen wider Willen aufdrängen? Wie die regionale Ungleichzeitigkeit, das Nebeneinander unterschiedlicher regionaler Entwicklungsstränge, so eröffnet auch das Nebeneinander der Generationen eine Perspektive auf Trends.

Die Veränderungswucht radikaler wissensgestützter Innovationen im Alltag demonstrieren jene neuen Dienstleistungen, die historisch gewachsene und neu entstehende Bedürfnisse in neuen Kombinationen befriedigen. Privater Konsum und der Haushalt –

der Kern der Organisation des privaten Lebens - werden durch die Entwicklung neuer Konsumformen, durch Einbeziehung neuer Segmente der Privatsphäre bis hin zur Funktionalisierung individueller Kreativität und Emotionalität umgewälzt und für neue Märkte für Waren und für Dienstleistungen geöffnet. Ordinäres Shoppen wandelt sich zum Teleshopping. Aus der In-Augenscheinnahme und Informationsbeschaffung durch Verkaufsgespräche im Geschäft wird die vergleichende Informationsbeschaffung auf den Websites der Anbieter. Die Informationsleistung des Verkäufers wird in die Informationsleistung des Website-Designers verwandelt. Der Quellekatalog wird auf höherer technischer Ebene verallgemeinert. Die individuelle Autofahrt wird in die gesellschaftliche Arbeit eines Lieferservice verwandelt, die früher als integraler Bestandteil des Einkaufens erbrachte private Transportleistung bildet die Geschäftsgrundlage einer neuen Dienstleistung. Für jene unglücklichen Alten, die auf den täglichen Schwatz beim Metzger oder Bäcker als Ersatz für die verlorenen familiären Kontakte hoffen müssen und den Weg zum Bankbeamten ihres Vertrauens nicht mehr schaffen, könnte es ein Glück sein, wenn die neuen Lieferanten wenigstens Teile der Tradition des kommunikativen Briefträgers kultivieren könnten. Umgekehrt zeichnet sich ab, dass das Netz für die Jungen um so mehr selbst ein Moment der Alltagskultur wird, je mehr es traditionelle Momente der Alltagskultur inkorporiert und damit eine neue Normalität konstruiert.

Im Vormarsch des Heidelberger Typus der Alltagskultur, die auch eine dominante Jugendkultur am Wissenschaftsstandort ist, im Vordringen des neuen „homo heidelbergensis“ oder des „Gütersloh-Menschen“, der die Kultur des Stahlkochers und Bergmanns ebenso hinter sich lässt wie die des Beamten, widerstreiten allerdings zwei Trends: Facetten und Elemente einer zunehmend globalen, vielleicht auch europäischen Einheitskultur vermengen sich mit einer Mischung aus neuer regionaler Identität und inszenierter Differenz. Die bunte Vielfalt jener Gruppen jedenfalls, die sich nicht mehr in der gemeinsamen Kultur einer durch Nation und Nationalstaat zusammengehaltenen Gesellschaft wiederfinden, sondern sich durch eigene kulturelle Leistung, durch die Inszenierung von Differenz konstituieren und „sichtbar“ machen, scheint unaufhaltsam zuzunehmen. Dies allerdings verlangt wie andere identifizierbare Trends neue Formen gesellschaftlichen Zusammenhalts, deren Basis das reflexiv gebrochene Wissen der Wissensgesellschaft über sich selbst ist.

Politik in der Wissensgesellschaft

Wenn das Wissenschaftssystem immer mehr Wissen über die Struktur der Gesellschaft und die Funktionsweise von Politik anhäuft, hängt kluges politisches Entscheiden von der Adaptionsleistung der Politik und umgekehrt von den Potentialen der Wissenschaft zur Selbstpräsentation ab. Und wenn die Gesellschaft, der Wahlkörper, immer mehr über Politik weiß, gerät

das politische System auch von dieser Seite her unter Druck. Was also wird aus den Politikern, wie haben sie sich zu organisieren und mit welcher Reichweite können sie noch „Entscheidungen“ treffen? Und reichen die Schnittstellen zwischen Wissensgesellschaft respektive Wissenschaftssystem und Politik – die diversen Varianten der Politikberatung, die Anhörungen, Kommissionen und Transformationsleistungen „wissenschaftlicher“ Mitarbeiter – aus, um den gesellschaftlichen Wissenszuwachs in Politik zu übersetzen? Die Laienspielschar Bundestag hängt zwar bereits mit vielen Schläuchen am Tropf von Expertensystemen. Aber konfuse Prozeduren, ideologiekaltiger Output und eine gehörige Portion störrischen Eigenlebens widerlegen einstweilen noch alle substantiellen Expertokratievermutungen. Das durchschnittliche Regierungshandeln übertrifft – bürokratisch unterfüttert – für gewöhnlich zwar die Parlamentspraxis um einiges an Rationalität. Aber auch diese Evidenz reicht nicht für Expertokratiebehauptungen. Die Politik der Wissensgesellschaft wird allerdings stärker expertokratische Züge annehmen müssen, allein schon um die Steuerungspotentiale gegenüber gesellschaftlichen Kräften und ihren Lobbyisten aufrechtzuerhalten, die ihrerseits in großem Stil auf Expertenwissen zurückgreifen können. Ob die stetig wachsende Abhängigkeit gewählter Repräsentanten und öffentlicher Bediensteter von Wissen, das separiert von ihnen in spezialisierten Expertensystemen gebündelt ist, Politik, wie wir sie kennen, aushebelt oder nur auf einer höheren Stufenleiter reproduziert, gehört zu den Fragen, die über die Zukunft der Demokratie entscheiden.

Entmachtung und Expropriation des Nationalstaats, Denationalisierung der Gesellschaft, Globalisierung der Ökonomie, Entterritorialisierung der Demokratie: das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft verändert sich. Die Unternehmen, die in einem Land produzieren, sind nicht mehr allesamt Teil der Nationalökonomie. Oft sind es gerade die wichtigsten nicht mehr – und die Unternehmen der immateriellen Wertschöpfung noch weniger. Und mit ungeheurer Geschwindigkeit wurden aus ehemals staatlichen Infrastruktur- und Mobilitätsunternehmen nach ihrer Privatisierung „global player“. Die Bildungsinstitutionen jedoch – so zeichnet sich ab – bleiben bei aller Internationalisierung noch lange Teil der nationalen Kulturen. Es konkurrieren international nicht nur einzelne Institutionen der Wissensproduktion, sondern nationale Bildungs- und Wissensproduktionssysteme. Vielleicht ist auch gerade das die Perspektive, dass die Nationalökonomie zu einer Ökonomie des Wissens bzw. die Ökonomie des Wissens zur neuen Nationalökonomie wird. Denn obwohl Wissen global verfügbar ist: Die Formen seiner Produktion und noch mehr seines Erwerbs folgen noch lange nationalkulturellen Mustern und werden deshalb noch lange nationalstaatlich organisiert. Dann aber könnten die Bildungsinstitutionen zu den Kerninstitutionen des rudimentären demokratisch-republikanischen Staates werden – aber nicht als staatliche Agenturen, sondern als öffentlich-zivilgesellschaftliche Einrichtungen in der demokratischen Republik, ausgestattet mit

dem ihnen gebührenden höheren Maß an Autonomie. Die vorschnell totgesagten Fragen nach der demokratischen Qualität der inneren Organisation der Bildungsinstitutionen sind also keineswegs obsolet, sondern auf die neuen Zusammenhänge zwischen Staat, Gesellschaft, Wirtschaft in der Wissensgesellschaft zu projizieren.

Die Organisation von Bildung und Wissenschaft war aus guten Gründen Staatsaufgabe und sie wird es bleiben. Wird sie das? Die Erwartung, dass ein Staatswesen, das seinen Bürgern das Los der Arbeitslosigkeit nicht ersparen kann, ihnen zumindest ein Bildungswesen bereitstellen sollte, das sie umfassend auf Lebensbewältigung vorbereitet, dürfte bei allem notwendigen Antietatismus unausrottbar bleiben. Umgekehrt rückt die Vorstellung von der Bildungspolitik als dem neuen Kern einer neuen Innenpolitik Bildung und Wissen noch weiter in den Mittelpunkt der Politik: Die Politik sichert das Bürgerrecht auf Bildung. Was aber heißt das operativ, was bleibt Staatsaufgabe über die Entlassung der Bildungsinstitutionen in die Autonomie und Alimentierung von Bildungsinstitutionen und -prozessen hinaus?

Eines jedenfalls scheint der Gesamtprozess - Bedeutungszuwachs der Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftspolitik für die Qualität des gesamten Staatshandelns und Autonomisierung der Bildungsinstitutionen - nicht bedeuten zu können: Einen Rückzug des Staates aus der Verantwortung für das Bildungssystem. Der Schlüssel liegt - abstrakt gesprochen - in der staatlich induzierten Stärkung der Selbststeuerungspotentiale der einzelnen Bildungsinstitutionen und des gesamten Bildungswesens, in der Stärkung ihrer Fähigkeiten zu öffentlicher Verantwortung. Durch die Reorganisation der gesamten Bildungsfinanzierung und der Schärfung ihres Instrumentariums (insbesondere Leistungs- und Zielvereinbarungen, Evaluation, Projekt- und Programmsteuerung) könnte sich die Politik zu dem verantwortlichen Pendant entwickeln, das autonome Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen benötigen.

Wenn die weitreichenden Hypothesen über den Bedeutungszuwachs von Wissen und Bildung für den einzelnen in der Wissensgesellschaft wie für die Gesellschaft als Ganze zutreffen, dann wird Bildungspolitik auch zum Kerngeschäft der sozialstaatlichen Sicherung. Das kann nicht ohne Auswirkung auf Reformulierung, Neuinstitutionalisierung und Operationalisierung der unauslöschlichen Idee der sozialen Sicherheit bleiben. Sie wird sich zwischen der illusionären Vorstellung des Neoliberalismus, die Menschen könnten im Kapitalismus auf kollektive, solidarische Sicherungssysteme verzichten, und der Fixierung auf die fordistisch geprägte Form der Realisierung dieser Idee in Industriegewerkschaften und Sozialstaat einpendeln. Die Transformation des industriegesellschaftlichen Normalarbeitsverhältnisses zieht eine Krise der erwerbsarbeitsbasierten kollektiven sozialen Sicherungssysteme nach sich. Soll also die Wissensgesellschaft nicht zu einer hochriskanten Arbeitsge-

sellschaft werden, erscheint eine vorausgreifende Rekonstruktion des Sozialstaats angeraten. Die Neujustierung kollektiv-solidarischer sozialer Sicherungssysteme verlangt die kontrollierte und systematische Abkehr von der Zentralfigur des vollbeschäftigten Arbeitnehmers und eine grundsätzlicher Hinwendung zu dem zur Flexibilität benötigten Typus, wie ihn Teile der Wissensproduzenten antizipierend verkörpern. Dem entspricht der Übergang zu einem Sicherungssystem, das soziale Transfers nicht nur an Arbeitsleistungen sondern auch an Bildungsleistungen koppelt.

Die politischen Institutionen Europas verfügen über Erfahrungen, den Rückbau industriekapitalistischer Strukturen sozial zu flankieren. Aber zu organisieren, ja zu gestalten, wie die Gesellschaft, mit ihrem wissenschaftlichen Wissen umgeht, das sich rasant vermehrt und in Windeseile verbreitet, ist eine Aufgabe neuer Qualität. Die neue Politik der Wissensgesellschaft wird global gültige ethisch-moralische Maßstäbe für den Umgang mit Wissen - zumal wenn es unmittelbar die menschliche Existenz berührt - durchsetzen müssen. Sie wird Bildung und Ausbildung in Schule, Beruf und Hochschulen sowie Weiterbildung in Institutionen mit den Angeboten im world wide web vernetzen. Sie wird Forschung fördern, Innovationen stimulieren und die Umwandlung von Wissen in ökonomisch verwertbare Produkte beschleunigen. Als Fundament eines funktionierenden Gemeinwesens wird sie das Recht auf Bildung sichern und faire Zugangschancen zu allen Bildungseinrichtungen eröffnen. Die Segmentierung vieler „wissenspolitischer“ Fragen in verschiedenen Ressorts allerdings, die traditionelle Trennung von Bildungs-, Forschungs-, Wissenschafts- und Technologiepolitik werden diesen Herausforderungen kaum noch gerecht.

aus: Bildung und Wissenschaft 2001: Thesen zur Wissensgesellschaft, herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin